



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Kommunalpolitische Positionen der IHK Mittlerer Niederrhein für den Rhein-Kreis Neuss

Kommunale Kosten und Leistungen:

Unsere Forderungen:

RAL-Gütezeichen Mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung – Zertifizierung dauerhaft sichern

Die Kreisverwaltung ist Vorreiter bei der Zertifizierung als mittelstandsorientierte Kommunalverwaltung. Das Zertifikat ist wichtig. Es ist ein gutes Signal nach außen, das zeigt, dass die Kommune wirtschaftsfreundlich arbeitet. Die Verwaltung sollte alles dafür tun, die Zertifizierung auch dauerhaft zu sichern.

Kreisverwaltung: Es braucht eine „Fast Lane“ für die Wirtschaft!

Ob KfZ-Zulassungsstelle oder Ausländerbehörde: Es braucht eine „Fast Lane“ in der Kreisverwaltung für wirtschaftliche Belange. Die Unternehmen sind von der Bürokratie durch die EU und den Bund gelähmt. Verwaltungen, die ihren lokalen Unternehmen, einen schnelleren Zugang bieten, sorgen damit für einen Standortvorteil ihrer Wirtschaft.

Personelle und finanzielle Ausstattung in wirtschaftsnahen Bereichen sicherstellen

In allen wirtschaftsnahen Bereichen der Kreisverwaltung sollte die personelle Ausstattung sichergestellt werden. Die Bereiche müssen personell quantitativ und qualitativ gut besetzt sein, um die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen. Engpässe wie z.B. Anfang des Jahrzehnts im Gewerbeamt dürfen sich nicht wiederholen.

Starke Wirtschaftsförderungen notwendig

Auch die Wirtschaftsförderung sollte auch über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen verfügen. Die Wirtschaftsförderung ist zwar haushaltstechnisch eine freiwillige Leistung, aber es sind insbesondere die Unternehmen, die durch Gewerbesteuerzahlungen und Arbeitsplätze für die finanzielle Stabilität des Kreises sorgen. Dabei sollte eine Hauptaufgabe immer sein, dass die Mitarbeitenden die Brücke zwischen der Wirtschaft und weiteren Einheiten der Kommunalverwaltung sind. Die Wirtschaftsförderung sollten das Angebot vorhalten, Unternehmen mit einem Anliegen, das auch andere Ämter betrifft, innerhalb der Verwaltung zu vermitteln – im Sinne einer One-Stop-Agency. Das führt dazu, dass der Unternehmer nur einen Ansprechpartner hat. Die Wirtschaftsförderung sollte die Unternehmen auf dieses Angebot aufmerksam machen (beispielsweise durch ihre Homepage, Unternehmensbesuche, Unternehmerfrühstücke). Das Angebot sollte im Besonderen Existenzgründer und ansiedlungsinteressierte Unternehmer ansprechen.



Kommunikation mit Wirtschaftsförderungen der kreisangehörigen Kommunen

Die Kreisverwaltung des Rhein-Kreises ist bei einigen Prozessen der lokalen Unternehmen in der Verantwortung. So liegt zum Beispiel die Ausländerbehörde in ihrer Verantwortung. Bei diesen Angelegenheiten, in der sie kreisweite Aufgaben übernimmt, ist eine enge Kommunikation mit der jeweils lokalen Wirtschaftsförderung notwendig, damit der Gedanke der One-Stop-Agency beibehalten werden kann.

Kundenfreundliche Kommunikation der Verwaltung - Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden in der Verwaltung verbessern

Wichtig ist, dass Unternehmerinnen und Unternehmer mit einem Anliegen, zeitnahe eine Rückmeldung zu ihrem Anliegen erhalten. Die Betriebe fordern, dass sie nicht nur zu hören bekommen, dass etwas nicht geht, sondern auch wie etwas gehen könnte. Die Dienstleistungsmentalität der Mitarbeitenden muss weiter erhöht werden.

Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter müssen entscheidungsfreudiger werden. Das Absichern führt nach der Wahrnehmung von Unternehmen häufig zu verzögerten Entscheidungsprozessen.

Digitalisierung der Verwaltung vorantreiben – KI nutzen.

Die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist essentiell. Der Geschäftsverkehr zwischen der Kommune und Unternehmen muss – soweit dem im Einzelfall überörtliche Regelungen nicht entgegenstehen – komplett digital ermöglicht werden. Auch die sinnvolle Nutzung von KI sollte vorangetrieben werden – etwa wenn es um Feststellungen geht, ob Unterlagen vollständig sind oder ähnliches.

Maximale Dauer von 40 Arbeitstagen bei Plan- und Genehmigungsverfahren bei vollständigen Unterlagen

Bei nicht vollständigen Unterlagen sollte kurzfristig eine Rückmeldung der Behörde an den antragstellenden Unternehmer erfolgen, um auf die fehlenden Unterlagen hinzuweisen. Bei vollständigen Unterlagen sollte eine Bearbeitung und Entscheidung innerhalb von 40 Arbeitstagen möglich sein. Der Status des Genehmigungsstand sollte für die Antragssteller online einsehbar sein.

Personelle Ausstattung in den Straßenverkehrsämtern darf Logistikwirtschaft nicht behindern

Bei der Antragsbearbeitung von Groß- und Schwerlasttransporten sollten die zuständigen Verwaltungen zeitnah die prüffähigen Anträge bearbeiten, das Anhörungsverfahren unverzüglich durchführen und eine abschließende Entscheidung innerhalb von drei Arbeitstagen herbeiführen. Personalengpässe in den Straßenverkehrsämtern dürfen nicht zu Verzögerungen bei Logistikbetrieben, Lieferanten und Kunden führen. Für die Logistikregion Niederrhein ist dies von existenzieller Bedeutung.



Gewerbeflächen: Überblick und Austausch mit Akteuren

Die Kommunalverwaltungen sollten einen Überblick über freie private und kommunale Gewerbeflächen und Gewerbeobjekte sowie einen Überblick über aktuell nicht genutzte Brachen vorhalten. Hierzu sollten sich die Verwaltungen regelmäßig mit Flächen- und Immobilienentwicklern aus der Region austauschen. Ansiedlungsinteressierten Unternehmen sollte innerhalb von 24 Stunden eine erste Rückmeldung auf eine Anfrage sowie innerhalb der ersten fünf Arbeitstage eine qualifizierte Antwort gegeben werden können. Darüber hinaus sollte bei Bedarf sogleich ein erster Gesprächstermin angeboten werden.

Rechnungen zügig begleichen

Die Kommunen sollten fällige Rechnungen der von ihnen beauftragten Unternehmen innerhalb von 15 Arbeitstagen begleichen. Dies ist ein Zeichen für die Wertschätzung gegenüber den Unternehmen.

Haushaltskonsolidierung durch Aufgabenkritik

Die Haushaltslage der Städte und Gemeinden bleibt herausfordernd. Die Probleme der Kommunen werden in den kommenden Jahren zunehmen. Das wirkt sich auch auf den Kreis aus. An einer Haushaltskonsolidierung führt kein Weg vorbei. So sollte auch im Kreis weiterhin Aufgabenkritik betrieben werden und bei Pflichtausgaben die Standards überprüft werden. Dies sollte allerdings nicht zu einem undifferenzierten Personalabbau führen. Ausreichend personelle Ressourcen sollten vor allem auch in den Bereichen der Kreisverwaltung vorhanden sein, die für die Standortqualität des Wirtschaftsstandorts wichtig sind. Dadurch lassen sich Gewerbesteuererträge generieren. Wird die Wirtschaft vor Ort gestärkt, lassen sich langfristig auch freiwillige Ausgaben besser finanzieren. Mittlerweile liegen im Rhein-Kreis mit Dormagen und Jüchen zwei Kommunen mit einem Gewerbesteuerhebesatz von 470 Punkten und höher. Das ist eine Hypothek für die Wirtschaft. Deswegen muss auch der Kreis immer maßvoll bei der Erhebung der Kreisumlage umgehen. Klar ist auch: Die Ausweisung von weiteren Gewerbeflächen ist perspektivisch die beste Haushaltspolitik.

Interkommunale Kooperation vorantreiben

Die interkommunale Kooperation am Mittleren Niederrhein sollte weiter ausgebaut werden. Nicht nur eine systematische Aufgabenkritik trägt dazu bei, dass Kommunen sparen. Auch weitreichendere interkommunale Kooperationen können helfen, Kosten zu senken. Indem einzelne Gemeinden bestimmte Aufgaben auslagern, können sie sich sachlich, thematisch und personell spezialisieren. Das spart Geld. Zugleich werden Vorgänge entbürokratisiert. Letztlich führt eine solche kommunale Kooperation zu einer kundenfreundlicheren und kompetenteren Verwaltung.



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Infrastruktur (Gewerbeflächen, Verkehr, Digitales, Energie)

Für den Rhein-Kreis Neuss ist wichtig:

Gewerbe- und Industrieflächenangebot aufstocken

Im Rhein-Kreis Neuss nehmen die klassischen Gewerbe- und Industrieflächen 2,7 % der gesamten Kreisfläche in Anspruch (Stichtag 31.12.2023). Das sind weniger Flächen als für Sport-, Freizeit und Erholung mit 4,6 %. Der Rhein-Kreis Neuss ist ein starker Wirtschaftsstandort im Rheinischen Revier. Wenn die Unternehmen durch die richtigen Weichenstellungen unterstützt werden, werden sie den Strukturwandel weitgehend aus eigener Kraft meistern. Um privatwirtschaftliche und öffentliche Investoren dauerhaft und nachhaltig zu gewinnen, müssen ausreichend Flächen zur Verfügung stehen. Um die Flächennachfrage der Wirtschaft bedienen zu können, sollten die Potenzialflächen aus dem Regionalplan Düsseldorf zeitnah in verbindliches Baurecht umgesetzt und Flächen perspektivisch gekauft werden. Unternehmen benötigen Planungs- und Investitionssicherheit. Diese kann unterstützt werden durch ein klares Kommitment der Kommunen im Kreis, bestimmte Flächen dauerhaft als Gewerbe- und Industrieflächen zu sichern.

Kraftwerksstandorte zu innovativen Wirtschaftszentren weiterentwickeln

Die Kraftwerksstandorte sind zu innovativen Wirtschaftszentren weiterzuentwickeln. Neue marktfähige Gewerbe- und Industriegebiete müssen eine optimale Anbindung an das überörtliche Verkehrsnetz aufweisen. Dafür müssen in den entsprechenden Planwerken frühzeitig die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden.

Gewerbeflächenprojekte in allen Kommunen

Außerdem fordern wir im Rhein-Kreis u. a. die Entwicklung von Gewerbeflächen in Dormagen am Silbersee, die Erweiterung des Gewerbestandorts Hasseldamm in Korschenbroich und die Realisierung des interkommunalen Gewerbegebiets Krefeld /Meerbusch an der A44.

Ausbau, Erhaltung und Sanierung von Straßen und Brücken

Der Investitionsstau bei Straßen muss aufgelöst und notwendige Sanierungen müssen zügig umgesetzt werden. Bei den aktuellen Bemühungen um die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Rheinquerungen darf der Schwerpunkt nicht allein auf die Autobahnbrücken gelegt werden. Insbesondere für die marode Uerdinger Rheinbrücke und die Josef-Kardinal-Frings-Brücke muss ein jeweils erforderlicher Ersatzneubau prioritär forciert werden. Die Wirtschaft ist auf schwerlastfähige Rheinquerungen angewiesen.



Fahrwassertiefe des Rheins angehen

Kein Verkehrsträger ist derart von der Witterung abhängig bzw. von den Folgen klimatischer Veränderungen betroffen wie die Binnenwasserstraße. Ausbleibendes Gletscherschmelzwasser und Rekorddürresommer wie 2018 oder 2022 beeinflussen den Wasserstand des Rheins und damit die Befahrbarkeit immens. Damit die Potenziale des Rheins von Basel bis zur Nordsee bestmöglich gehoben werden können, bedarf es Investitionen in die Infrastruktur. Diese dienen der Resilienz der Wasserstraße und der Schaffung von verlässlichen Bedingungen. Konkret gilt es, die in Teilen bereits begonnene Maßnahme aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030, der Sohlenstabilisierung und Abladeoptimierung zwischen Duisburg und Neuss auf eine einheitliche Fahrrinntiefe von 2,80 m bzw. 2,70 m zwischen Neuss und Stürzelberg allumfassend umzusetzen.

ÖPNV verbessern

Ein leistungsfähiges ÖPNV-Angebot kann den Druck auf die Infrastruktur grundsätzlich entlasten, wenn dieses bezüglich Taktung, Sicherheit, Sauberkeit und auch bezogen auf die Anbindung zwischen Stadt und ländlichem Umland eine attraktive Alternative darstellt.

S-Bahn-Netz in der Region verbessern

Wir fordern die Umsetzung der elektrifizierten, zweigleisigen S 6 Köln – Grevenbroich – Mönchengladbach. Zudem sollte die Infrastruktur der S 12/Erftbahn mit Verlängerung (zweigleisig und elektrifiziert) von Kerpen-Horrem über Bergheim, Bedburg, Grevenbroich, Neuss bis Düsseldorf optimiert werden.

Revierbahn

Durch a) Elektrifizierung und zweigleisigem Ausbau zwischen Neuss und Bedburg (Revierbahn-Ost) sowie b) einem Neubau zwischen Bedburg und Aachen (Revierbahn-West) hat eine durchgehende Revierbahn Potential das entscheidende Infrastrukturprojekt im Rheinischen Revier zu werden. Als doppeltrassige, elektrifizierte und zugleich frachtfähige Schienenverbindung zwischen der Rheinschiene und Aachen schafft diese Verbindung neue Potenziale für Pendlerverkehre innerhalb der Strukturwandelregion. Zudem schafft die Revierbahn Resilienz in Bezug auf die Seehafen hinterlandverkehre zwischen der Rheinschiene und den ZARA-Häfen, insbesondere Richtung Antwerpen-Brügge. Diese zusätzliche Kapazität trägt entscheidend zur notwendigen Entlastung der bestehenden Bahn- und Autobahnkorridore zwischen Aachen und der Rheinschiene bei.

Strategien für die Mobilität der Zukunft entwickeln

Der demografische Wandel, die Veränderungen der wirtschaftlichen Strukturen und Rahmenbedingungen sowie die Anforderungen des Umwelt- und Gesundheitsschutzes haben auch Einfluss auf die Stadt- und Verkehrsplanung. Deshalb müssen die Kommunen nachhaltige Strategien für die Mobilität der Zukunft entwickeln und umsetzen. Zur Stärkung



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

der E-Mobilität sollte die flächendeckende Einrichtung von Ladesäulen im Sinne einer Angebotsoffensive vorangetrieben werden.

ÖPNV – Gewerbegebiete

Selbst mitarbeiterstarke Gewerbeareale – beispielsweise die Häfen in Krefeld und in Neuss, aber auch große Gewerbegebiete wie Viersen-Mackenstein – leiden unter schwacher bis nicht vorhandener ÖPNV-Anbindung. Für diese, aber auch für Gewerbegebiete im ländlichen Raum gilt es adäquate, zukunftssichere Mobilitätsalternativen (z.B. On-Demand-Systeme) zum Auto zu finden.

ENTWURF



Industrie- und Handelskammer
Mittlerer Niederrhein

Bildung und Fachkräfte

Duale Ausbildung stärken

Alle Akteure sollen für das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung werben. Dabei werden sowohl leistungsstarken als auch praxisbegabten Schülern und Schülerinnen gezielt die Vorteile der beruflichen Bildung aufgezeigt. Die Berufsorientierung soll flächendeckend in allen Schulformen und konsequent in den Unterricht integriert stattfinden.

Berufsschulen stärken

Der Rhein-Kreis Neuss als Träger ihrer Berufsschulen steht mit in der Verantwortung, attraktive Lernorte zu schaffen. Das ist ein Faktor, um die Duale Berufsausbildung zu stärken. Dafür ist es unabdingbar, dass die Schulen in einem guten Zustand sind. Für Ausbildungsunternehmen, aber auch für die Azubis spielt die Digitalisierung an Berufsschulen eine immer größere Rolle. Dies gilt für die Digitalisierung als Unterrichtsthema sowie für das Lernen mit digitalen Medien. Doch gerade bei diesem sehr wichtigen Aspekt fällt die Bewertung der Berufsschulen in unserer 2024 vorgestellten Studie eher negativ aus. Deswegen wünschen sich die Ausbildungsunternehmen mehr Investitionen in die IT-Infrastruktur und die Hardware.

Wirtschaft und Arbeitsleben als fester Themenbestandteil in den Schulalltag integrieren

Wirtschaft und Arbeitsleben müssen als Themen fest in den Schulalltag integriert werden. Hospitationen der Lehrer und Lehrerinnen in Unternehmen sind hilfreich, um praxisnahe Informationen zu aktuellen Entwicklungen vermitteln zu können. Kommunale Akteure können dabei vermitteln und gestalten.

Investitionen in Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann zu mehr Beschäftigung und Unternehmertum führen. Es gilt, das Betreuungsangebot für Kinder nochmals auszuweiten (Kindertagesstätten), die Nachmittags- und Ferienbetreuung für Schulkinder auszubauen, beim Thema Pflege Freiraum für flexible, individuelle Lösungen zu schaffen sowie Informationen anzubieten, um die Familienpflegezeit stärker zu etablieren.